

Niederschrift

über die 27. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses am 05.12.2024
(11. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	4
1 Bestellung eines Schriftführers Vorlage: SB9JR/0067/2024	4
2 Einwohnerfragestunde	4
3 Vorstellung einer Wohnbebauung und eines Genossenschaftsmodells für das Grundstück "Am Alten Teich" (Kierster Straße) durch einen möglichen dritten Genossen	4
4 Bürgerantrag nach § 24 GO NRW - Aufstellen eines Bücherschranks in Meerbusch Buderich Vorlage: SB9JR/0073/2024	5
5 Bürgerantrag nach § 24 GO NRW - Beitragsänderung Kita-Gebühren Vorlage: SB9JR/0074/2024	5
6 Neubau Feuerwehr-Gerätehaus Osterath Vorlage: B10SIM/0070/2024	5
7 Neufassung der Satzungen über die Erhebung von Kostenersatz, Entgelten und Gebühren bei Einsätzen, Brandverhütungsschauen und sonstigen Leistungen der Feuerwehr Meerbusch Vorlage: FB12/0063/2024	6
8 Haushaltsberatungen 2025	6
8.1 Konsolidierungsliste	6
8.2 Lesung des Haushalts 2025 Beratung und Beschlussfassung der Ansätze, die den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss als Fachausschuss betreffen, einschließlich der Anträge der Fraktionen und Veränderungsliste	6
8.3 Lesung des Haushalts 2025 Beratung der Fachausschussempfehlungen sowie Veränderungsliste, Sperrvermerke und Beschlussempfehlung an den Rat	13
9 4. Bericht zur Finanzsituation 2024 zum 30.11.2024 Vorlage: SB8SFI/0023/2024	18
10 Bericht des Personalmanagements	18
11 Anträge	18
11.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen - Jugendparlament Vorlage: SB9JR/0563/2024	18
11.2 Antrag der Fraktion Die FRAKTION - Jugendvertreter in Ausschüssen Vorlage: SB9JR/0564/2024	19
11.3 Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen - Monatliche Zahlung der Fraktionszuwendungen Vorlage: SB9JR/0565/2024	20
12 Anfragen	20
12.1 Anfrage der SPD-Fraktion bzgl. Kürzungen Landeshaushalt Vorlage: SB9JR/0240/2024	20
13 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	20
14 Termin der nächsten Sitzung: 13.02.2025	20
15 Verschiedenes	20

Sitzungsort: Neusser Feldweg 4, 40670 Meerbusch, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 16:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:52 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Christian Bommers Bürgermeister

von der CDU-Fraktion

Herr Herbert Becker	Ratsmitglied	Vertretung für Frau Petra Schoppe
Herr Werner Damblon	Ratsmitglied	
Herr Fabian Hasebrink	Ratsmitglied	Anwesend ab TOP 8.2
Herr Franz-Josef Jürgens	Ratsmitglied	Vertretung für Herrn Jonas Kräling
Frau Norma Köser	Ratsmitglied	
Herr Max Pricken	Ratsmitglied	Vertretung für Herrn Fabian Hasebrink
Herr Hans Werner Schoenauer	Ratsmitglied	
Herr Jörg Wartchow	Ratsmitglied	

von der SPD-Fraktion

Frau Nicole Niederdellmann-Siemes	Ratsmitglied
Frau Heidemarie Niegeloh	Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Thomas Gabernig	Ratsmitglied
Herr Ralph Jürgens	Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Joris Mocka	Ratsmitglied
Frau Barbara Neukirchen	Ratsmitglied
Frau Dr. Karen Schomberg	Ratsmitglied

von der Fraktion GRÜN-alternativ

Herr Jürgen Peters	Ratsmitglied
--------------------	--------------

von der Fraktion UWG/Freie Wähler

Frau Daniela Glasmacher	Ratsmitglied
-------------------------	--------------

von der Fraktion Die Fraktion

Herr Andreas Wagner	Ratsmitglied	Vertretung für Herrn Marco Nowak
---------------------	--------------	----------------------------------

von der Verwaltung

Herr Peter Annacker	Dezernent
Herr Andreas Apsel	Erster und Technischer Beigeordneter
Herr Alexander Bolten	Service Finanzen
Herr Tim Hofmeister	Referent des Bürgermeisters
Frau Birgit Hülsers	Service Zentrale Dienste
Herr Jens Kox	Service Finanzen
Herr Michael Marschall	Personalrat
Herr Dr. Marc Saturra	Leiter Justizariat und Ratsbüro

Frau Bettina Scholten
Herr Christian Volmerich
Herr Patrick Wirtz

Beigeordnete
Stadtkämmerer
Leiter Service Zentrale Dienste

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Herr Jonas Kräling
Frau Petra Schoppe

Ratsmitglied
Ratsmitglied

von der Fraktion Die Fraktion

Herr Marco Nowak

Ratsmitglied

von der Verwaltung

Herr Michael Gorgs

Pressereferat

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Herr Bürgermeister Bommers die anwesenden Mitglieder des Ausschusses und der Verwaltung, die Presse sowie die Zuschauerinnen und Zuschauer im Publikum.

Ratsfrau Glasmacher beantragt vor Eintritt in die Tagesordnung die Entfernung des TOP3. Herr Bürgermeister Bommers lässt über diesen Antrag abstimmen. Im Ergebnis wird der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Öffentliche Sitzung

1 Bestellung eines Schriftführers Vorlage: SB9JR/0067/2024

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss beschließt, Herrn Tim Hofmeister als Schriftführer für Niederschriften des Ausschusses zu bestellen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

2 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen von Einwohnerinnen oder Einwohnern gestellt.

3 Vorstellung einer Wohnbebauung und eines Genossenschaftsmodells für das Grundstück "Am Alten Teich" (Kierster Straße) durch einen möglichen dritten Genossen

Die Fa. Dornieden stellt ihr ausgearbeitetes Modell vor. Die verwendete Präsentation befindet sich im **Anhang 1** dieser Niederschrift. Im Anschluss findet eine Aussprache zu dem Vortrag statt.

Ratsfrau Glasmacher betont, dass das betreffende Grundstück als besonders schützenswert anzusehen ist und fordert die Verwaltung daher auf, sämtliche alternativ zur Verfügung stehenden städtischen Grundstücke offenzulegen. Es sei mit Klagen aus Reihen der Lanker Bürgerinnen und Bürger zu rechnen. Die Fraktionen Bündnis90/ Die Grünen und GRÜNalternativ schließen sich den Ausführungen an. Ratsherr Peters betont, dass das Projekt jedoch grundsätzlich interessant sei, lediglich die Grundstückswahl sei mangelhaft.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes fragt, ob sich die Fa. Dornieden bei positivem Verlauf des Projektes vorstellen könne, weitere Aufträge im Rahmen der Genossenschaft durchzuführen. Dies wird seitens Herrn Martin Dornieden bejaht, sei jedoch nur möglich, wenn die Politik einen entsprechenden Auftrag erteile.

Ratsfrau Niegeloh fragt, ob die Fa. Dornieden bereits in weiteren Genossenschaftsprojekten vertreten sei und welche Vorteile sie von dem Eintritt in die Genossenschaft habe. Herr Thomas Klötzing antwortet, dass die Fa. Dornieden bislang ausschließlich in Projektpartnerschaft nicht jedoch in Genossenschaftsprojekten vertreten sei. Herr Martin Dornieden ergänzt, dass die aus dem Genossenschaftsprojekt erzielten Überschüsse stets der Stadt Meerbusch zufließen würden. Die Verwaltung der Genossenschaft würde aufgrund der Ausrichtung der Fa. Dornieden an eine dritte Partei abgegeben werden.

Herr Erster und Technischer Beigeordneter Apsel führt weiter aus, dass sich die Flächenversiegelung auf dem betroffenen Grundstück auf rund 15% beschränkt. Die Verwaltung sehe dies als verhält-

nismäßig an. Andere Grundstücke hätten größere Planungswiderstände, wodurch mit erheblichen Verzögerungen eines Projektbeginns zu rechnen sei.

Ratsfrau Glasmacher erfragt, wer das Risiko von Baukostensteigerungen entgegen des vorgestellten Zahlenwerks trage. Herr Martin Dornieden antwortet, dass dies zu Lasten der Fa. Dornieden als Generalunternehmer gehe.

Herr Bürgermeister Bommers teilt mit, dass die Fraktionen nun über den Vorschlag beraten können und eine Beschlussvorlage zur Genossenschaftsgründung in der ersten Ausschusssitzung im Jahr 2025 erfolgen könne.

**4 Bürgerantrag nach § 24 GO NRW - Aufstellen eines Bücherschranks in Meerbusch Büberich
Vorlage: SB9JR/0073/2024**

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss beschließt, den Bürgerantrag an den zuständigen Kulturausschuss zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

**5 Bürgerantrag nach § 24 GO NRW - Beitragsänderung Kita-Gebühren
Vorlage: SB9JR/0074/2024**

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss beschließt, den Bürgerantrag an den zuständigen Jugendhilfeausschuss zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

**6 Neubau Feuerwehr-Gerätehaus Osterath
Vorlage: B10SIM/0070/2024**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage des am 27.06.2024 beschlossenen Raumprogramms, der Konzeptstudie (Thelen Architekten, Stand 29.03.2021) sowie des zugehörigen Kostenrahmens samt Grobterminplan (Stand: April 2024) die weitere Planung zu erstellen und ein Planerwahlverfahren zu starten.

Die Verwaltung wird weiter beauftragt, für den Neubau des Feuerwehrgerätehauses - vorbehaltlich einer Einigung über den finanziellen Beitrag der Firma Amprion - eine alternative Beschaffung über ein Generalplaner/Generalunternehmer-Modell vorzunehmen und die für die Vorbereitung des Vergabeverfahrens erforderlichen Beratungsleistungen zu beauftragen.

Die Ergebnisse der Vorplanung mit Kostenschätzung und der Vorbereitung der Vergabeunterlagen für das Bieterverfahren sind dem Ausschuss vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wurde mehrheitlich gefasst.

HFWA	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	7	7		
SPD	2	2		
FDP	2	2		
Bündnis 90/ Die Grünen	3	3		
GRÜNalternativ	1		1	
UWG/ Freie Wähler	1	1		
Die Fraktion	1	1		
Bürgermeister	1	1		
Gesamt	17+1	17	1	

- 7 Neufassung der Satzungen über die Erhebung von Kostenersatz, Entgelten und Gebühren bei Einsätzen, Brandverhütungsschauen und sonstigen Leistungen der Feuerwehr Meerbusch**
Vorlage: FB12/0063/2024

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt dem Rat, die Neufassung der Satzung der Stadt Meerbusch über die Erhebung von Kostenersatz, Entgelten und Gebühren bei Einsätzen, Brandverhütungsschauen und sonstigen Leistungen der Feuerwehr Meerbusch sowie der dazugehörigen Anlagen zu beschließen

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

8 Haushaltsberatungen 2025

8.1 Konsolidierungsliste

Herr Bürgermeister Bommers weist auf die Konsolidierungsliste hin, die grundsätzlich Bestandteil des Haushaltsentwurfes der Verwaltung sei.

8.2 Lesung des Haushalts 2025 Beratung und Beschlussfassung der Ansätze, die den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss als Fachausschuss betreffen, einschließlich der Anträge der Fraktionen und Veränderungsliste

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt dem Rat, die Haushaltsansätze der in seiner Zuständigkeit liegenden Produkte, einschließlich der dazu gefassten Beschlüsse und den Veränderungsvorschlägen der Verwaltung, im Rahmen der Verabschiedung der Haushaltssatzung 2025 zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wurde mehrheitlich gefasst.

HFWA	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	7	7		
SPD	2			2
FDP	2	2		
Bündnis 90/ Die Grünen	3		3	
GRÜNalternativ	1		1	
UWG/ Freie Wähler	1	1		

Die Fraktion	1		1	
Bürgermeister	1	1		
Gesamt	17+1	11	5	2

Bürgermeister Bommers führt aus, dass zum vorliegenden Entwurf des Haushaltes zunächst die Beratung zu den Produkten erfolge, für die der Ausschuss als Fachausschuss zuständig sei. Dies umfasse die Produkte des Vorstandes, des Fachbereiches Bürgerbüro, Sicherheit und Ordnung, der Servicebereiche Zentrale Dienste und Finanzen sowie des Büros des Bürgermeisters und Justiziariates sowie der Wirtschaftsförderung. Er weist zudem darauf hin, dass die Veränderungsliste der Verwaltung in die Beratung einbezogen werde.

Sodann ruft er die vorliegenden Änderungsanträge auf:

Produktbereich 010, Innere Verwaltung (S. 94)

Produkt 010 111 010 Rat und Ausschüsse, Fraktionen, Integrationsrat (S. 99)

Nr. 8.2-01 (S.99)

Antrag UWG/ Freie Wähler (Antrag ohne haushälterische Relevanz)

010.111.010

Antrag auf zügige Sitzungsvorbereitung und –nachbereitung

Herr Dezernent Annacker führt hierzu aus, dass eine Beschluss- oder Informationsvorlage grundsätzlich 14 Tage im Voraus vorliegen muss.

Herr Bürgermeister Bommers versteht den Antrag als Appell an die Verwaltung, die Politik frühestmöglich und umfangreich über sämtliche Themen zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wurde einstimmig angenommen. _

Nr. 8.2-02 (S.99)

Antrag SPD (Antrag Bündnis90/ Die Grünen Nr. 8.2-03 inhaltsgleich)

010.111.010 54210000 Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeit

Ansatzserhöhung um 68.000€ in 2025 auf 683.000€ (Ansatz alt: 615.000€)

Erhöhung der Sitzungsgelder zur Bezuschussung von 40 statt 30 Sitzungen jährlich

HFWA	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	7		7	
SPD	2	2		
FDP	2		2	
Bündnis 90/ Die Grünen	3	3		
GRÜNalternativ	1		1	
UWG/ Freie Wähler	1	1		
Die Fraktion	1	1		
Bürgermeister	1		1	
Gesamt	17+1	7	11	

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag ist damit mehrheitlich abgelehnt

Nr. 8.2-03 (S.99)

Antrag Bündnis90/ Die Grünen (Antrag SPD Nr. 8.2-02 inhaltsgleich)

010.111.010 54210000 Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeit

Ansatzerhöhung um 68.000€ in 2025 auf 683.000€ (Ansatz alt: 615.000€)

Erhöhung der Sitzungsgelder zur Bezuschussung von 40 statt 30 Sitzungen jährlich

HFWA	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	7		7	
SPD	2	2		
FDP	2		2	
Bündnis 90/ Die Grünen	3	3		
GRÜNalternativ	1		1	
UWG/ Freie Wähler	1	1		
Die Fraktion	1	1		
Bürgermeister	1		1	
Gesamt	17+1	7	11	

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Nr. 8.2-04 (S.99)

Antrag Bündnis90/ Die Grünen

010.111.010 54310000 Geschäftsaufwendungen

Ansatzreduzierung um 15.000€ in 2025 auf 75.000€ (Ansatz alt: 90.000€)

Streichung Mitgliedsbeitrag RegioNetzWerk

Herr Erster und Technischer Beigeordneter Apsel führt aus, dass ein jetziges Ausscheiden aus dem Netzwerk keinerlei monetäre Auswirkung habe, da die Stadt Meerbusch vertraglich gebunden sei.

Ratsfrau Dr. Schomberg zieht den Antrag zurück.

Nr. 8.2-05 (S.100)

Antrag SPD (Antrag Bündnis90/ Die Grünen Nr. 8.2-06 inhaltsgleich mit geringerem Betrag)

010.111.010 54920000 Fraktionszuwendungen

Ansatzerhöhung um 20.000 € in 2025 € auf 100.100 € (Ansatz alt 80.100 €),

Erhöhung der Fraktionszuwendungen um 20.000 €

HFWA	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	7		7	
SPD	2	2		
FDP	2		2	
Bündnis 90/ Die Grünen	3		3	
GRÜNalternativ	1		1	
UWG/ Freie Wähler	1		1	
Die Fraktion	1			1
Bürgermeister	1		1	
Gesamt	17+1	2	15	1

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag ist damit mehrheitlich abgelehnt

Nr. 8.2-06 (S.100)

Antrag Bündnis90/ Die Grünen (Antrag SPD Nr. 8.2-05 inhaltsgleich mit geringerem Betrag)
 010.111.010 54920000 Fraktionszuwendungen
 Ansatzerhöhung um 8.000 € in 2025 € auf 88.100 € (Ansatz alt 80.100 €),
 Erhöhung der Fraktionszuwendungen um 10% (8.000€)

HFWA	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	7	7		
SPD	2	2		
FDP	2	1		1
Bündnis 90/ Die Grünen	3	3		
GRÜNalternativ	1		1	
UWG/ Freie Wähler	1	1		
Die Fraktion	1			1
Bürgermeister	1	1		
Gesamt	17+1	15	1	2

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag ist damit mehrheitlich angenommen.

Produkt 010 111 030 Gleichstellung (S. 108)Nr. 8.2-07 (S.108)

Antrag Bündnis90/ Die Grünen
 010.111.030 54310000 Geschäftsaufwendungen
 Ansatzerhöhung um 5.000 € in 2025 € auf 7.500 € (Ansatz alt 2.500 €),
 Erhöhung Mittel der Gleichstellungsbeauftragten für weitere Schulungsangebote

HFWA	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	7		7	
SPD	2	2		
FDP	2		2	
Bündnis 90/ Die Grünen	3	3		
GRÜNalternativ	1			1
UWG/ Freie Wähler	1			1
Die Fraktion	1	1		
Bürgermeister	1		1	
Gesamt	17+1	6	10	2

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Produkt 010 111 120 Service DV-Management und Telekommunikation, (S. 167)Nr. 8.2-08 (S. 169)

Antrag UWG/ Freie Wähler
 010.111.120 7.01010001 – 78310000 Beschaffungen IT über der Wertgrenze
 Der Ansatz von 384.500 € beinhaltet bereits 54.000 € für die Einführung der Onlineterminvergabe.
 Bereitstellung von Mitteln zur Onlineterminvergabe der Bürgerbüros

Frau Beigeordnete Scholten führt aus, dass im Haushalt 2025 bereits Mittel für die Einführung der Onlineterminvergabe veranschlagt sind.

Ratsfrau Glasmacher zieht den Antrag zurück.

Produktbereich 020, Sicherheit und Ordnung (S. 234)

Produkt 020 122 030 Bürgerservice und Wahlen (S. 243)

Nr. 8.2-09 (S.244)

Antrag Bündnis90/ Die Grünen

020.122.030 54310000 Geschäftsaufwendungen

Ansatzerhöhung um 5.000 € in 2025 auf 215.000 € (Ansatz alt 210.000 €),

Erhöhung Mittel für die Wahl eines Jugendparlamentes

HFWA	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	7		7	
SPD	2	2		
FDP	2		2	
Bündnis 90/ Die Grünen	3	3		
GRÜNalternativ	1	1		
UWG/ Freie Wähler	1	1		
Die Fraktion	1	1		
Bürgermeister	1		1	
Gesamt	17+1	8	10	

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag ist damit mehrheitlich abgelehnt

Produktbereich 030, Schulträgeraufgaben (S. 264)

Produkt 030 243 010 Schulverwaltungsangelegenheiten (S. 343)

Nr. 8.2-10 (S. 344)

Antrag UWG/ Freie Wähler

030.243.010 52911000 Betriebskosten Schule

Ansatzerhöhung um 10.000 € auf 761.700 € in 2025 (Ansatz alt 751.700 €),

Sicherungsmaßnahmen in Schulen zur Verhinderung von unbefugtem Betreten

Nach erfolgter Aussprache bittet Ratsfrau Glasmacher die Verwaltung um Erarbeitung von Vorschlägen.

Herr Bürgermeister Bommers sichert für den kommenden Ausschuss für Schule und Sport eine Information über den aktuellen Sachstand an den hiesigen Schulen zu.

Ratsfrau Glasmacher zieht den Antrag zurück.

Produktbereich 060, Kinder-, Jugend- und Familienhilfe (S. 440)**Produkt 060 366 010 Einrichtungen der Jugendarbeit (S. 505)****Nr. 8.2-11 (S. 344)**

Antrag UWG/ Freie Wähler

060.366.010 54210000 Aufwendungen f. ehrenamtliche Tätigkeit

Neuer Ansatz 6.200 € in 2025 (Ansatz alt 0 €)

Ehrenamtler zur Betreuung eines Jugendtreffs auf 520€ Basis

Ratsfrau Glasmacher bittet um Verschiebung des Antrages zu TOP17 (nicht-öffentlich). Der Bitte wird nachgekommen.

Produktbereich 090, Räumliche Planung und Entwicklung (S. 543)**Produkt 090 511 010 Räumliche Planung und Entwicklungsmaßnahmen (S. 547)****Nr. 8.2-12 (S. 547)**

Antrag CDU und FDP

090.511.010 52910000 Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen

Ansatzhöhung um 20.000 € in 2025 auf 275.000 € (Ansatz alt 255.000 €)

Erstellung eines Verkehrskonzeptes für Lank-Latum

HFWA	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	7	7		
SPD	2		2	
FDP	2	2		
Bündnis 90/ Die Grünen	3		3	
GRÜNalternativ	1		1	
UWG/ Freie Wähler	1		1	
Die Fraktion	1		1	
Bürgermeister	1	1		
Gesamt	17+1	10	8	

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag ist damit mehrheitlich angenommen.

Produktbereich 110, Ver- und Entsorgung (S. 581)**Produkt 110 538 010 Stadtentwässerung (S. 593)****Nr. 8.2-13 (S. 594)**

Antrag UWG/ Freie Wähler

110.538.010 52910000 Aufwendungen f. sonstige Dienstleistungen

Ansatzhöhung um 2.000 € in 2025 auf 554.000 € (Ansatz alt 552.000 €),

Erstellung von Infoveranstaltungen zu Gefahren von steigendem Grundwasser

Herr Erster und Technischer Beigeordneter Apsele berichtet, dass auf Anfrage individuelle Vereinbarungen mit betroffenen Bürgerinnen und Bürger vereinbart wurden, um größere Beeinträchtigungen unbürokratisch abzufedern. Da die Stadtverwaltung in Grundwasserangelegenheiten nicht zuständig

ist, können in Informationsveranstaltungen keine weiterführenden Informationen gegeben werden - die Betroffenheit innerhalb des Stadtgebietes sind ohnehin sehr unterschiedlich.

HFWA	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	7		7	
SPD	2			2
FDP	2		2	
Bündnis 90/ Die Grünen	3		3	
GRÜNalternativ	1		1	
UWG/ Freie Wähler	1	1		
Die Fraktion	1		1	
Bürgermeister	1		1	
Gesamt	17+1	1	15	2

Nachträgliche Ergänzung der Verwaltung:

Änderungen im Grundwasserkörper sind ähnlich wie Änderungen von Flusspegeln natürliche Prozesse und im Sinne des natürlichen Wasserkreislaufs nicht grundsätzlich als Gefährdung zu sehen. Die allgemeine Zuständigkeit für den Grundwasserkörper sowie dessen Monitoring obliegt dem Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (LANUV NRW). Gemäß Wasserhaushaltsgesetz (WHG) ist ein Eingreifen in den Grundwasserkörper seitens der Stadt Meerbusch nicht möglich.

Das LANUV NRW teilte im April 2024 mit, dass aufgrund der geologischen Gegebenheiten der Lockergesteinsbereiche im Rheinland großflächige Grundwasseranstiege vorlägen. Die derzeit auftretenden überdurchschnittlichen Grundwasserstände befänden sich jedoch im Bereich von bereits in der Vergangenheit aufgetretenen Werten. Ein flächendeckendes Abpumpen von Grundwasser, bspw. zur Lösung von Feuchtigkeitsproblemen in Kellern der Bevölkerung, ist seitens des LANUV NRW nicht möglich. Das LANUV NRW habe mittlerweile einen Grundwassergleichenplan für hohe Grundwasserstände in Auftrag gegeben.

Der zuständige Fachbereich der Stadtverwaltung erarbeitet derzeit ein Informationspapier mit zahlreichen Erläuterungen zu dieser Thematik. Dieses wird voraussichtlich Anfang 2025 veröffentlicht und dient sodann als Informationsvorsorge für die Bevölkerung.

Produktbereich 160 Allgemeine Finanzwirtschaft (S. 748)

Produkt 160 611 010 Allgemeine Finanzwirtschaft (S. 748)

Nr. 8.2-14 (S. 748)

Antrag UWG/ Freie Wähler

160.611.010 40120000 Grundsteuer B

Keine Ansatzveränderung

Einführung differenzierter Hebesätze für Grundsteuer B

Herr Kämmerer Volmerich führt aus, dass das Bundesverfassungsgericht im Jahr 2018 die alte Berechnung der Grundsteuer für verfassungswidrig erklärt hat. Grundstückseigentümerinnen und Grundstückseigentümer hätten zum 31. Oktober 2022 eine Erklärung zur Feststellung des Grundsteuerwerts abgeben müssen.

Das Land Nordrhein-Westfalen habe sich in diesem Zusammenhang für das Modell des Bundes entschieden. Das neue Recht gilt ab dem 01. Januar 2025. Im Rahmen der Haushaltsaufstellung habe man sich für den Ansatz des aufwandsneutralen Hebesatzes von 425 entschieden. Ein differenzierter aufwandsneutraler Hebesatz würde für Wohngrundstücke 400 und für alle weiteren Grundstücke 550 betragen. Da hierzu verfassungsrechtliche Bedenken bestehen haben sowohl die Landesregierung als auch der Städtetag Rechtsgutachten in Auftrag gegeben, die zu unterschiedlichen Einschätzungen kommen.

Herr Volmerich führt weiter aus, dass seitens der Stadtverwaltung keine Wertung in Richtung des einen oder des anderen Gutachtens erfolgen könne. Man könne nur feststellen, dass bezüglich der Verfassungsmäßigkeit eines differenzierten Hebesatzes unterschiedliche Rechtsauffassungen bestehen. Der Städte- und Gemeindebund hat seine Einschätzung dahingehend formuliert, dass das Prozessrisiko im Falle einer Hebesatzdifferenzierung allein die gemeindliche Ebene trifft und eine verlässliche Klärung der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit erst durch entsprechende Gerichtsentscheidungen zu erwarten ist. Dieser Einschätzung habe sich sowohl der Kämmerer als auch der Bürgermeister angeschlossen.

Auf Grundlage der vorstehenden Ausführungen zieht Frau Ratsfrau Glasmacher den Antrag zurück.

8.3 Lesung des Haushalts 2025 Beratung der Fachausschussempfehlungen sowie Veränderungsliste, Sperrvermerke und Beschlussempfehlung an den Rat

Beschluss:

Die Haushaltssatzung 2025 einschließlich beschlossener Veränderungen samt Anlagen wird dem Rat in der nunmehr vorliegenden Fassung zur Beschlussfassung gem. § 80 Abs. 4 GO NRW empfohlen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wurde mehrheitlich angenommen.

HFWA	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	7	7		
SPD	2			2
FDP	2	2		
Bündnis 90/ Die Grünen	3		3	
GRÜNalternativ	1		1	
UWG/ Freie Wähler	1	1		
Die Fraktion	1		1	
Bürgermeister	1	1		
Gesamt	17+1	11	5	2

Es wurden keine Anträge durch die Fachausschüsse an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss verwiesen. Die vorstehenden Beschlüsse und die Veränderungsliste aus den Ausschüssen werden in die zweite Lesung einbezogen.

Herr Bürgermeister Bommers ruft sodann zum Gesamtempfehlungsbeschluss des Ausschusses als Finanzausschuss an den Rat die einzelnen Produktbereiche des Haushaltes auf:

Produktbereich 010 Innere Verwaltung (S. 94)

HFWA	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	7	7		
SPD	2			2

FDP	2	2		
Bündnis 90/ Die Grünen	3		3	
GRÜNalternativ	1			1
UWG/ Freie Wähler	1	1		
Die Fraktion	1		1	
Bürgermeister	1	1		
Gesamt	17+1	11	4	3

Produktbereich 020 Sicherheit und Ordnung (S. 234)

HFWA	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	7	7		
SPD	2			2
FDP	2	2		
Bündnis 90/ Die Grünen	3		3	
GRÜNalternativ	1			1
UWG/ Freie Wähler	1	1		
Die Fraktion	1		1	
Bürgermeister	1	1		
Gesamt	17+1	11	4	3

Produktbereich 030 Schulträgeraufgaben (S. 234)

HFWA	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	7	7		
SPD	2			2
FDP	2	2		
Bündnis 90/ Die Grünen	3	3		
GRÜNalternativ	1	1		
UWG/ Freie Wähler	1	1		
Die Fraktion	1		1	
Bürgermeister	1	1		
Gesamt	17+1	15	1	2

Produktbereich 040 Kultur und Wissenschaft (S. 354)

HFWA	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	7	7		
SPD	2			2
FDP	2	2		
Bündnis 90/ Die Grünen	3	3		
GRÜNalternativ	1	1		
UWG/ Freie Wähler	1	1		
Die Fraktion	1		1	
Bürgermeister	1	1		
Gesamt	17+1	15	1	2

Produktbereich 050 Soziale Leistungen (S. 389)

HFWA	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	7	7		
SPD	2			2
FDP	2	2		
Bündnis 90/ Die Grünen	3	3		
GRÜNalternativ	1	1		
UWG/ Freie Wähler	1	1		
Die Fraktion	1		1	
Bürgermeister	1	1		
Gesamt	17+1	15	1	2

Produktbereich 060 Kinder, Jugend- und Familienhilfe (S. 440)

HFWA	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	7	7		
SPD	2			2
FDP	2	2		
Bündnis 90/ Die Grünen	3	3		
GRÜNalternativ	1	1		
UWG/ Freie Wähler	1	1		
Die Fraktion	1		1	
Bürgermeister	1	1		
Gesamt	17+1	15	1	2

Produktbereich 080 Sportförderung (S. 529)

HFWA	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	7	7		
SPD	2			2
FDP	2	2		
Bündnis 90/ Die Grünen	3	3		
GRÜNalternativ	1	1		
UWG/ Freie Wähler	1	1		
Die Fraktion	1			1
Bürgermeister	1	1		
Gesamt	17+1	15	0	3

Produktbereich 090 Räumliche Planung und Entwicklung, GEOINFO (S. 543)

HFWA	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	7	7		
SPD	2			2
FDP	2	2		
Bündnis 90/ Die Grünen	3		3	
GRÜNalternativ	1		1	
UWG/ Freie Wähler	1	1		

Die Fraktion	1		1	
Bürgermeister	1	1		
Gesamt	17+1	11	5	2

Produktbereich 100 Bauen und Wohnen (S. 563)

HFWA	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	7	7		
SPD	2			2
FDP	2	2		
Bündnis 90/ Die Grünen	3		3	
GRÜNalternativ	1		1	
UWG/ Freie Wähler	1		1	
Die Fraktion	1		1	
Bürgermeister	1	1		
Gesamt	17+1	10	6	2

Produktbereich 110 Ver- und Entsorgung (S. 581)

HFWA	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	7	7		
SPD	2			2
FDP	2	2		
Bündnis 90/ Die Grünen	3	3		
GRÜNalternativ	1	1		
UWG/ Freie Wähler	1	1		
Die Fraktion	1		1	
Bürgermeister	1	1		
Gesamt	17+1	15	1	2

Produktbereich 120 Verkehrsflächen und –anlagen, ÖPNV (S. 624)

HFWA	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	7	7		
SPD	2			2
FDP	2	2		
Bündnis 90/ Die Grünen	3		3	
GRÜNalternativ	1		1	
UWG/ Freie Wähler	1	1		
Die Fraktion	1		1	
Bürgermeister	1	1		
Gesamt	17+1	11	5	2

Produktbereich 130 Natur- und Landschaftspflege (S. 690)

HFWA	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	7	7		
SPD	2			2
FDP	2	2		

Bündnis 90/ Die Grünen	3		3	
GRÜNalternativ	1	1		
UWG/ Freie Wähler	1	1		
Die Fraktion	1		1	
Bürgermeister	1	1		
Gesamt	17+1	12	4	2

Produktbereich 140 Umweltschutz (S. 716)

HFWA	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	7	7		
SPD	2			2
FDP	2	2		
Bündnis 90/ Die Grünen	3		3	
GRÜNalternativ	1	1		
UWG/ Freie Wähler	1		1	
Die Fraktion	1		1	
Bürgermeister	1	1		
Gesamt	17+1	11	5	2

Produktbereich 150 Wirtschaft und Tourismus (S. 724)

HFWA	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	7	7		
SPD	2			2
FDP	2	2		
Bündnis 90/ Die Grünen	3	3		
GRÜNalternativ	1	1		
UWG/ Freie Wähler	1	1		
Die Fraktion	1		1	
Bürgermeister	1	1		
Gesamt	17+1	15	1	2

Produktbereich 160 Allgemeine Finanzwirtschaft (S. 740)

HFWA	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	7	7		
SPD	2			2
FDP	2	2		
Bündnis 90/ Die Grünen	3	3		
GRÜNalternativ	1	1		
UWG/ Freie Wähler	1		1	
Die Fraktion	1		1	
Bürgermeister	1	1		
Gesamt	17+1	14	2	2

Produktbereich 170 Stiftungen (S. 761)

HFWA	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	7	7		

SPD	2			2
FDP	2	2		
Bündnis 90/ Die Grünen	3	3		
GRÜNalternativ	1	1		
UWG/ Freie Wähler	1	1		
Die Fraktion	1			1
Bürgermeister	1	1		
Gesamt	17+1	15	0	3

Sodann erfolgt der Gesamtempfehlungsbeschluss des Ausschusses an den Rat gemäß §80 Abs. 4 GO NRW.

9 4. Bericht zur Finanzsituation 2024 zum 30.11.2024 Vorlage: SB8SFI/0023/2024

Es besteht seitens der Fraktionen kein Informationsbedarf.

10 Bericht des Personalmanagements

Herr Bürgermeister Bommers schlägt vor, den Bericht dem Protokoll hinzuzufügen und den Tagesordnungspunkt in der ersten Ausschusssitzung im Jahr 2025 erneut aufzurufen. Der Ausschuss stimmt dem zu. Die durch den Service Zentrale Dienste vorgelegte Präsentation ist dieser Niederschrift zur Kenntnis beigefügt (**Anlage 2**).

11 Anträge

11.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen - Jugendparlament Vorlage: SB9JR/0563/2024

Beschlussvorschlag 1:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt dem Rat die Einrichtung eines Jugendparlaments, das erstmals parallel mit der Kommunalwahl 2025 gewählt werden soll.

Beschlussvorschlag 3:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss wird beauftragt, bis zur Kommunalwahl 2025 die konzeptionelle Grundlage für das Jugendparlament zu erarbeiten. Dabei sollen erfolgreiche Modelle, wie beispielsweise das Jugendparlament in Monheim, als Orientierung dienen.

Beschlussvorschlag 4:

Das Jugendparlament soll als eigenständiges Gremium etabliert werden und nicht an bestehende Ausschüsse wie den Jugendhilfeausschuss oder den Schul- und Sportausschuss angegliedert werden.

Abstimmungsergebnis Beschlussvorschlag 1:

HFWA	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	7		7	
SPD	2	2		
FDP	2		2	
Bündnis 90/ Die Grünen	3	3		
GRÜNalternativ	1	1		
UWG/ Freie Wähler	1	1		
Die Fraktion	1	1		

Bürgermeister	1		1	
Gesamt	17+1	8	10	

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis Beschlussvorschlag 3:

HFWA	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	7		7	
SPD	2	2		
FDP	2		2	
Bündnis 90/ Die Grünen	3	3		
GRÜNalternativ	1	1		
UWG/ Freie Wähler	1	1		
Die Fraktion	1	1		
Bürgermeister	1		1	
Gesamt	17+1	8	10	

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis Beschlussvorschlag 4:

HFWA	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	7		7	
SPD	2	2		
FDP	2		2	
Bündnis 90/ Die Grünen	3	3		
GRÜNalternativ	1	1		
UWG/ Freie Wähler	1	1		
Die Fraktion	1	1		
Bürgermeister	1		1	
Gesamt	17+1	8	10	

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Aufgrund der bereits erfolgten Aussprache zu dieser Thematik unter TOP 8.2-09 (S.244) bittet Ratsfrau Dr. Schomberg um Abstimmung der Punkte 1, 3 und 4.

11.2 Antrag der Fraktion Die FRAKTION - Jugendvertreter in Ausschüssen Vorlage: SB9JR/0564/2024

Ratsherr Wagner zieht den Antrag aufgrund der Aussprache und Abstimmung unter TOP 11.1 zurück.

11.3 Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen - Monatliche Zahlung der Fraktionszuwendungen
Vorlage: SB9JR/0565/2024

Ratsfrau Dr. Schomberg zieht den Antrag zurück.

12 Anfragen

12.1 Anfrage der SPD-Fraktion bzgl. Kürzungen Landeshaushalt
Vorlage: SB9JR/0240/2024

Herr Dezernent Annacker bittet um Verständnis, dass die Anfrage erst durch die Niederschrift beantwortet werden könne.

Nachträgliche Ergänzung der Verwaltung:

Auf die der Anfrage im damaligen Haushaltsentwurf des Landes zugrundeliegenden Kürzungen wurde durch die Verabschiedung des Landeshaushaltes am 18. Dezember 2024 in großen Teilen verzichtet. Somit besteht zum jetzigen Zeitpunkt ein neuer Sachstand, dessen finanzielle Auswirkungen für die einzelnen Bereiche noch nicht abschließend absehbar sind.

13 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

14 Termin der nächsten Sitzung: 13.02.2025

Die nächste Sitzung des Ausschusses findet am 13. Februar 2025 statt.

15 Verschiedenes

Ratsfrau Glasmacher bittet die Verwaltung um Prüfung der Erhaltung des Sommerklassenzimmers. Herr Bürgermeister Bommers antwortet, dass dies auch künftig erhalten bleiben soll. Die Verwaltung werde dies prüfen.

Ratsfrau Nigeloh bittet die Verwaltung um Prüfung der Nutzungsmöglichkeiten einer alten Telefonzelle der Deutschen Telekom in Osterath als Bücherschrank. Herr Bürgermeister Bommers sichert zu, diese Frage an den Betreiber Deutsche Telekom weiterzugeben.

Meerbusch, den 09. Januar 2025

Christian Bommers
Bürgermeister

Tim Hofmeister
Schriftführer